

Bangladesch im Überblick

zusammengestellt in Kooperation mit Netz e. V., Wetzlar | www.bangladesch.org

Corona-Pandemie

Die COVID-19-Pandemie ist auch in Bangladesch seit März 2020 bestimmender Faktor. Von März bis Ende Mai befand sich das Land im Lockdown. Seit Juni werden sukzessive Lockerungen eingeführt. Bis zum 15. Juni wurden im Land insgesamt rund 87.000 Infektionen, 18.700 Genesene und 1171 Todesfälle registriert. Betroffen sind ebenfalls die Rohingya in den Lagern für Geflüchtete. Dort wurde am 15. Mai der erste Fall registriert. Die Lager zählen mit ihren 850.000 Bewohner(inne)n zu den am dichtesten besiedelten Regionen der Erde. Eine rasche Ausbreitung unter ihnen würde desaströse Folgen haben. Viele Rohingya müssen unter unhygienischen Verhältnissen leben, ohne elementare medizinische Versorgung. Im internationalen Vergleich erscheinen die Fallzahlen für Bangladesch niedrig. Unklar bleibt jedoch, inwiefern die von unterschiedlichen Seiten attestierten, niedrige Testrate dafür der Grund ist. Es wurde gewarnt, das Land erhalte mit seinen 160 Millionen Einwohner(inn)en zu wenige COVID-19-Testkits. Tests seien zu Beginn der Pandemie fast ausschließlich vom Institut für Epidemiologie, Krankheitskontrolle und Forschung (IEDCR) in der Hauptstadt Dhaka durchgeführt worden. Medienberichten zufolge sei daher unsicher, wie viele Verstorbene mit COVID-19-Symptomen den Virus hatten, und wie hoch die Fallzahlen wirklich sind.

Budget für das Gesundheitsministerium

Die Mittelzuweisungen für das Gesundheitsministerium werden im kommenden Haushalt voraussichtlich nicht deutlich ansteigen. Laut Planungsministerium ist dies hauptsächlich auf die mangelnde Fähigkeit der bisherigen Mittelverwendung zurückzuführen. So scheint es das Gesundheitsministerium versäumt zu haben, ein Drittel der Entwicklungsprojekte im Rahmen des jährlichen Entwicklungsprogramms (ADP) fristgerecht abzuschließen. Laut Weltbank hat Bangladesch mit sechs US-Dollar unter den südasiatischen Ländern die niedrigsten öffentlichen Pro-Kopf-Ausgaben im Gesundheitssektor (Weltentwicklungsindikator 2019). Gleichzeitig häufen sich Meldungen aus dem Land, dass ein

eklatanter Mangel an Sauerstoffflaschen die Bevölkerung verunsichert. Die Nachfrage nach Zylindern sei seit Anfang Juni sprunghaft angestiegen, und der Preis habe sich in den letzten Monaten verdreifacht. Viele Menschen würden aus Panik Sauerstoffflaschen kaufen und lagern, ohne zu wissen, wie man sie richtig benutzt.

COVID-19 im öffentlichen Diskurs

Wie in anderen Ländern auch sind die Maßnahmen der Regierung im Umgang mit der Corona-Pandemie das wichtigste tagespolitische Thema. Die Menschen diskutieren über die medizinische Dimension der Pandemie wie über die Auswirkungen auf Lebenshaltung und Ernährungssicherung. Die Regierung reagiert dabei empfindlich auf Kritik. Mindestens 50 Personen aus der Zivilgesellschaft sind seit Beginn des nationalen Lockdown straf- oder arbeitsrechtlich belangt worden. Journalist(inn)en, Blogger(inn)en, Karikaturist(inn)en wurden festgenommen, und Ärzte, Ärztinnen und Wissenschaftler(inn)en suspendiert. Die Festgenommenen hatten Unstimmigkeiten oder Intransparenz bei der Vergabe von Hilfsgütern sowie fehlende Schutz-, Diagnostik- und Behandlungskapazitäten aufgeführt oder mit wissenschaftlichen Erkenntnissen vor den Risiken der Pandemie-Strategie der Regierung gewarnt. Im Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit scheint die Regierung in letztere Richtung zu tendieren und mithilfe der Krise ihre Sicherheitsarchitektur zu stärken. In der nachvollziehbaren Beschränkung von Fake-News erkennen manche auch eine Tendenz, regierungskritische Stimmen einzuhegen. Seit Ende März überwacht eine *Task Force* des Informationsministeriums Rundfunk-, Print- und soziale Medien, um „Gerüchte“ und „Propaganda“ in Bezug auf COVID-19 einzudämmen. Der Zugang zu politisch-kritischen Online-Nachrichtenportalen wurde gesperrt. Es drängt sich der Verdacht auf, dass der demokratische Diskurs über gesamtgesellschaftliche Strategien zur Corona-Pandemie unter allen Umständen reguliert werden soll. Viele Maßnahmen berufen sich auf den *Digital Security Act* (DSA). Das Gesetz steht seit seiner Verabschiedung im Jahr 2018 bei Menschenrechtsverteidiger(inne)n in der Kritik, da es der Exekutive freie Hand bei der

Strafverfolgung politischer Kritiker/-innen gebe. Von Verfolgung bedroht sind demnach diejenigen, deren Onlineinhalte „verderben oder korrumpieren“, „Recht und Ordnung“ stören oder dem Ansehen des Staates oder von Personen schaden. Dass nicht jede „Propaganda“ übertreibt, die zur Anklage gekommen ist, zeigen unterdessen die Folgen des Lockdown.

Erster Corona-Toter in Rohingya-Flüchtlingslager

Anfang Juni berichtete die Organisation *Save the Children* von unhaltbaren Zuständen im Flüchtlingslager in Cox's Bazar. In dem Lager leben mehr als drei Millionen Flüchtlinge, darunter ein Drittel Rohingya. Im Kampf gegen die Ausbreitung von COVID-19 riegelte die Regierung den gesamten Bezirk Cox's Bazar ab. Bislang waren im Camp relativ wenig Geflüchtete positiv auf das Virus getestet worden. Laut *Save the Children* gibt es im Lager nur knapp 1800 Beatmungsgeräte und damit im Durchschnitt eins pro 93.273 Flüchtlingen. Die Organisation appellierte insbesondere an die G-20-Staaten zu helfen.

Humanitäre Krise und Marginalisierung

In Folge des Lockdown bahnt sich eine humanitäre Krise an: fehlende Nahrung und ein Anstieg der in extremer Armut lebenden Menschen um bis zu 60 Prozent. Davon betroffen sind insbesondere Wanderarbeiter/-innen, Landarbeiter/-innen, Rikscha-Fahrer/-innen – rund 70 Millionen Menschen. Einer Studie der nichtstaatlichen Entwicklungshilfeorganisation BRAC (*Bangladesh Rural Advancement Committee*) zufolge hatten im April 14 Prozent der einkommensschwachen Haushalte keinen Zugang zu Nahrungsmitteln. Das *Power and Participation Research Centre* (PPRC) und das *BRAC Institute of Governance and Development* (BIGD) schätzen den Einkommensrückgang für einkommensschwache Haushalte auf 70 Prozent und den Abschwung wirtschaftlicher Aktivitäten auf insgesamt 55 bis 71 Prozent – verstärkt in sowieso strukturschwachen Regionen wie Rangpur oder Rajshahi. Ebenso betreffen die Einkommensverluste besonders stark Frauen, indigene und religiöse Minderheiten. Ihr Zugang zu Informationen, finanziellen Dienstleistungen und Hygieneartikeln ist von vorneherein eingeschränkt.

Zyklon Amphan in Indien und Bangladesch

Am 20. Mai traf der Zyklon *Amphan* die Küste am Golf von Bengalen mit einer Windgeschwindigkeit von über 150 Stundenkilometern. Die Mangrovenwälder der Sundarbans konnten die schlimmsten Folgen für Bangladesch abfangen. In Bangladesch traf der Zyklon 26 Distrikte, mindestens 12 Menschen starben, 100 Dörfer standen unter Wasser, 2,2 Millionen Häuser wurden zerstört und 20 Millionen Menschen waren ohne Elektrizität. Bevor der Zyklon das Festland traf, konnten 2,4 Millionen Menschen in Notunterkünfte gebracht werden. In den Sundarbans sind viele Bäume entwurzelt, die Süßwasserteiche mit Meerwasser überflutet. Der Zyklon hat nach ersten Schätzungen Schäden im Wert von rund 118 Millionen Euro verursacht, darunter 100 Millionen Euro Schäden in der Landwirtschaft wie beispielsweise auf Mango Plantagen. Zerstört sind auch Reisfelder. Der Sturm war laut Meteorologen einer der schlimmsten Stürme in der Region in den vergangenen 20 Jahren.

Bangladeschs Textilverband wehrt sich gegen westliche Konzerne

Textilhersteller in Bangladesch wehrten sich Anfang Juni gegen den Konzern *Edinburgh Woollen Mill Group*, der sich weigerte, seine Bestellungen zu bezahlen. Es war kein Einzelfall. Mehr als 1000 Besteller – in der Regel westliche Textilketten – hatten ihre vereinbarten Käufe im Wert von mehr als drei Milliarden Dollar abgesagt oder aufgeschoben. Laut Textilverband in Bangladesch traf dies mehr als 1150 Fabriken und rund 2,8 Millionen Arbeiterinnen. Rund 400 Fabriken waren geschlossen worden, landesweit kam es zur Entlassung von rund einer Millionen Textilarbeiter(inne)n. Der Verlust an Exporterlösen wird für 2020 auf rund sechs Milliarden US-Dollar geschätzt. Vor diesem Hintergrund hat die Regierung ein Nothilfeprogramm in Höhe von 164 Millionen US-Dollar für fünf Millionen Haushalte der armen Bevölkerung sowie ein Wirtschaftsförderungspaket in Höhe von acht Millionen US-Dollar initiiert. Der schwedische Ministerpräsident Stefan Löfven hatte im Mai zugesichert, dass Schweden keine Lieferungen streichen werde. In seinem Land sitzt mit *Hennes & Mauritz* der größte Textileinkäufer Bangladeschs.